

WARUM ETWAS ALTES ZERSTÖREN UM ETWAS NOCH ÄLTERES NEU ZU BAUEN



INFORMATIONSMATERIAL ZUR PRESSEKONFERENZ
15. NOVEMBER 2005 // Fraktale Lounge im Palast der Republik
DAS BÜNDNIS FÜR DEN PALAST STELLT SICH VOR
MIT INFORMATIONEN ZUM 1. STOPTAG AM 19. NOVEMBER 2005

INHALT DER PRESSEMAPPE

Übersicht über die Teilnehmer des Podiums: Gäste und Bündnismitglieder

Manifest für den Palast

Der 1. Stoptag am Samstag, 19. November 2005

Programm des 1. Stoptages

Über das BÜNDNIS FÜR DEN PALAST

Kurzbiographie und Statement der vorgestellten Bündnismitglieder

Der „Weltkulturpalast“: Idee, Grundriss, Bilder von Claus Anderhalten

Presseinformation zur Machbarkeitsstudie von URBAN CATALYST

Offener Brief an die Mitglieder des Bundestages vom BÜNDNIS FÜR DEN PALAST

BÜNDNIS FÜR DEN PALAST antwortet Manfred Stolpe: „Herr Stolpe, hier spricht der Palast“

Aufruf zur Petition an den Bundestag

Chronik des Palastes der Republik (Bildmaterial auf CD-ROM)

Kontakt BÜNDNIS FÜR DEN PALAST

ABLAUF DER PRESSEKONFERENZ

11.00 Uhr Begrüßung durch Karin Baumert, Bündnissprecherin

Die Gäste stellen sich vor.

Gäste beantworten Fragen.

Fragen der Presse werden beantwortet

12.00 Uhr Ende der Pressekonferenz

TEILNEHMER DES PRESSE-PODIUMS

Christoph Wagner

Architekt, Bündnis für den Palast

Marc Wilkins

Werbefilm- und Musikvideoregisseur, Bündnis für den Palast

Margrit Kühl

Architektin, Bündnis für den Palast

Dr. Bruno Flierl

Architekturkritiker, Mitglied der Internationalen Expertenkommission

„Historische Mitte Berlin“ 2000-02

Dr. Simone Hain

Kunsthistorikerin, langjährige Sprecherin des Landesdenkmalamt Berlin

Philipp Oswald

Architekt / Publizist, Zwischen Palast Nutzung e.V.

Urban Catalyst / www.urbancatalyst.de, Shrinking Cities / www.shrinkingcities.com

Claus Anderhalten

Architekt, www.weltkulturpalast.de

Moderation:

Karin Baumert

ehemalige Baustadträtin Berlin-Mitte, Bündnis für den Palast

MANIFEST FÜR DEN SCHLOSSPLATZ
von Kolin Schult für das BÜNDNIS FÜR DEN PALAST

PALAST DES AUFBRUCHS

DIE MITTE DES NEUEN DEUTSCHLAND

HISTORIE

Der Palast der Republik ist ein Symbol des Untergangs einer Epoche deutscher Geschichte, die bis heute weder verarbeitet noch aufgearbeitet ist. Weg mit Schaden ist der Kern des Beschlusses des deutschen Bundestages aus der Ära Kohl, dieses Symbol des Feindes, der wir doch selber sind und immer waren, abzureißen, um eine grüne Wiese zu errichten.

STATUS

Der Ort, der Platz der Republik, heute und früher Schlossplatz, ist ein weltweites Symbol geworden, ein stillstehendes Objekt, staunend betrachtet und ungläubig bestaunt: Es bewegt sich nichts. Deutschland ist Stillstand. Das wissen nicht nur wir, sondern lernen auch die Betrachter aus den fremden Welten, hier wird nur noch abgerissen, die Vergänglichkeit genüsslich zelebriert. Die Idee ist nicht mehr Zukunft, sie ist Verfall, Abräumen, im besten Fall noch Platz schaffen, aber das ist nur die Hoffnung, dass dann doch mal irgendetwas passiert.

Der Palast der Republik, ein entkernter Raum, eine Hülle die symbolisch Deutschland repräsentiert, aufgeräumt, sauber und im November 2005 zur Vernichtung freigegeben.

VISION

Heute wird der alte Palast der Republik zum Palast des Aufbruchs, einem interdisziplinären Ort der Begegnung zwischen Kultur, Politik und Wirtschaft, unmittelbar am Zentrum der Macht gelegen, eine Transformation aus Vergangenheit Zukunft zu bauen.

Deutschland bekommt einen neuen Platz. Es ist ein Ort der Zukunft. Ein wichtiger Platz, eine Möglichkeit wieder visionär zu werden und Visionen zuzulassen. Deutschland ist nicht im Untergang, der Zweifel ist dahin, abgebaut, entsorgt, eine Tristesse, die wir nicht mehr wollen. Vorbei die Vergangenheit der Schuld, vorbei das Lamentieren. Aus Zweifel wird Aufbruch.

ES SOLL KEIN RUMMS DURCH DEUTSCHLAND GEHEN.

STOPPT DEN ABRISS :: 1. STOPTAG, AM 19. 11.

Das BÜNDNIS FÜR DEN PALAST ruft zum ersten STOPTAG auf.

SOLANGE 20.000 TONNEN STAHL AUFEINANDER STEHEN, IST ES NICHT ZU SPÄT, SICH GEGEN DEN ABRISS DES PALASTES EINZUSETZEN. DAS BÜNDNIS FÜR DEN PALAST GLAUBT AN DIE VERNUNFT UND AN EIN BERLINER ZUKUNFTSBEWUSSTSEIN.

DENN:: Der Palast gehört zu Berlin. Die Mehrheit der Berliner will, dass der Palast bleibt – solange, bis ein sinnvolles und realistisch finanzierbares Nutzungskonzept für den Schlossplatz vorliegt, dass auch die jüngere Geschichte nicht ignoriert. Eine begrünte Brache in der Mitte Berlins lehnen sie ab (Emnid, 01/2005). Der Bundestagsbeschluss von 2002 spiegelt daher nicht die Meinung der durch ihn vertretenen Bürger wider. Er ging von einem mittlerweile überholten Sachstand aus. Der Bundestagsbeschluss ist revidierbar.

DENN:: Es mangelt an Aufklärung seitens der Politik. Der Abriss des Palastes ist nicht nur unter historischen und kulturellen Gesichtspunkten fatal, sondern auch katastrophal teuer. Realistische und finanzierbare Konzepte für die Sanierung und für die zukünftige Nutzung des Palastes existieren, werden aber von der Politik boykottiert. Die Fakten:

Scho sskopie	ca. 50.000 qm Nutzfläche	1.200 Millionen €	Baubeginn 2012
Umbau des Palastes (Konzept Anderhalten)	ca. 100.000 qm Nutzfläche	60 Millionen €	Baubeginn 2006 Fertigstellung 2008

UND:: Die Argumente liegen auf dem Tisch. Aber Bundes- und Landespolitik verweigern seit Jahren selbstgefällig die Diskussion über die Zukunft der Berliner Mitte. Das Thema soll ausgesessen werden, ohne die Generation, die es betrifft, zu beteiligen. Fakten in Form des Abrisses sollen geschaffen werden. Aber eine neue Generation ist nachgewachsen. In unserem Bündnis trifft diese Generation auf diejenigen, die sich seit Jahren bereits für den Palast eingesetzt haben. Es vereint zahlreiche Initiativen, Institutionen, BürgerInnen aus Deutschland und aller Welt.

JETZT:: ...IST DIE ZEIT GEGEN DEN ABRISS AUFZUSTEHEN.

JETZT:: ...WO POLITIKERN ZUM THEMA GESCHICHTE NUR DIE SPITZHACKE EINFÄLLT.

JETZT:: ...SOLANGE ER NOCH STEHT.

Für eine Zukunft mit Vergangenheit! Kommen Sie zum

1. STOPTAG, AM 19. NOVEMBER 2005

und setzen Sie sich aktiv gegen den Abriss und für einen fairen öffentlichen Diskurs ein, der auch Alternativen zum verschwenderischen Schlossneubau zulässt!

Weitere STOPTAGE folgen. Die Termine werden bekannt gegeben.

PROGRAMM 1. STOPTAG 19. NOVEMBER 2005

Ab 14 Uhr DEMONSTRATION ZUM PALAST DER REPUBLIK
Treffpunkt: Eingang Fernsehturm

KUNDGEBUNG VOR DEM PALAST DER REPUBLIK

- 15:00 Ankunft Demo + Sambagruppe: Sapucaiu no Samba
- 15:10 Hans-Christian Ströbele, MdB, Bündnis 90 / Die Grünen
- 15:20 Petra Pau, MdB, Die Linke.PDS
- 15:30 Kitty Solaris + Ladyboy
- 15:50 Dr. Ulrich Hartung, Kunsthistoriker
- 16:00 Prof. Dr. Gabi Dolff-Bonekämper, Kunsthistorikerin, Denkmalpflegerin
- 16:15 Bruder + Kronstädter
- 16:50 Leander Haussmann, Regisseur („Sonnenallee“, „Herr Lehmann“)
- 17:00 Metrodiv
- 17:30 Zombiejoe
- 18:00 Dj und Vj Set Chris Noel and Crew
- 19.00 FRAKTALE IV – Finissage

AUSSERDEM

Lichtinstallation am Palast von PENTAKLON

Bühnen-Projektionen von Chris Noel and Crew

ÜBER DAS BÜNDNIS FÜR DEN PALAST

Unter dem Druck des nahe rückenden Abrisstermins gründete sich das BÜNDNIS FÜR DEN PALAST am 19. Oktober 2005 in einem Wohnzimmer in der Schönhauser Allee in Berlin. Dieses Treffen wurde organisiert von den "Palastrettern", einer Gruppe junger Berliner Architekten, die sich dafür engagieren, die öffentliche Diskussion um den Erhalt des Palastes wahrnehmbar zu machen und verschiedenste Personen aus Kultur und Politik in einen Zusammenschluss zu bündeln. Heute umfasst das BÜNDNIS FÜR DEN PALAST bereits über 200 aktive Mitglieder aus Berlin, Deutschland und dem Ausland.

Das BÜNDNIS FÜR DEN PALAST basiert auf der vom Zwischenpalastnutzung e.V. initiierten erfolgreichen kulturellen Zwischennutzung des leer stehenden Palasts der Republik seit 2003, an der zahlreiche Berliner Kulturinitiativen beteiligt waren: Führungen mit Partner für Berlin, Wagnerkomplex-Konzerte, Volkspalast mit Sophiensaele, HAU & Shrinking Cities, Berlin-Alexanderplatz mit Volksbühne, Fraktale, u.a.

Vereint in der Überzeugung, dass mit der übereilten und umstrittenen Entscheidung über den Abriss des Palastes der Republik eine Debatte um die Zukunft der historischen Mitte Berlins im Keim erstickt werden soll, hat sich in kürzester Zeit ein Bündnis formiert, das sich für den Erhalt dieses funktionierenden öffentlichen Gebäudes einsetzt.

Täglich schließen sich neue Unterstützer dem Bündnis an, die es nicht erwarten können, dem Abriss entgegenzutreten. Hier organisiert sich die Zivilgesellschaft, die nicht bereit ist, bei der Gestaltung ihres Lebensraumes bevormundet zu werden.

Das BÜNDNIS FÜR DEN PALAST steht für eine neue Generation, die sich losgelöst von einem ideologisch aufgeladenen Streit um „Palast oder Schloss“ auf das Machbare konzentrieren will und Zeit einfordert, um ungestört darüber nachdenken zu können, was an diesem Ort für die Zukunft Berlins und Deutschlands in der gegenwärtigen Situation leerer Staatskassen angemessen wäre.

Das BÜNDNIS FÜR DEN PALAST arbeitet unabhängig von Parteien und jeglicher staatlicher oder institutionalisierter Förderung. Jede Arbeit wird ehrenamtlich geleistet, die Kampagne und das Büro des Bündnisses wird vollständig durch Spenden zahlreicher Gruppen und Einzelpersonen finanziert, die von dem Elan getragen werden, den Abriss zu stoppen.

KURZBIOGRAPHIEN UND STATEMENTS.

MARC R. WILKINS, geboren 1976 in Bern/Schweiz, lebt seit 1981 in Deutschland. Er erlernt die Filmregie in München und arbeitet seit 1999 international als Werbefilm- und Musikvideoregisseur. Aktuell erarbeitet er seine ersten Spielfilmprojekte.

Er erhält verschiedene Auszeichnungen für seine Arbeiten. Darunter GOLD für Best Foreign Short Comedy in Houston/USA, den Marianne Sägebrechtpreis und einen Goldenen Löwen in Cannes 2003. www.marcwilkins.com

„Ich lebe in Berlin, weil mich das Multi-Historische Stadtbild für die Zukunft inspiriert. In Berlin spürt man die jüngste Geschichte. An jeder Straßenecke erkennen wir Spuren, sei es der Zweite Weltkrieg, die Teilung der Welt in Ost und West oder der Fall der Mauer. Berlin steht für Dialog und Versöhnung. Berlin ist eine der spannendsten Städte des modernen Europas. Berlin steht für meine Generation, die Generation der Wende, und darf nicht einer preußischen Altmännerfantasie zum Opfer fallen.“

KARIN BAUMERT, freischaffende Stadtsoziologin, arbeitet an Projekten in sozialen Brennpunkten, die für Partizipation und Selbstbestimmung stehen. Durch ihre ehrenamtliche Arbeit bei amnesty international kampagnenerfahren, engagiert sie sich gegenwärtig für ein Berliner Sozialforum und ist über Inura mit den internationalen städtischen Bewegungen verbunden. Als Baustadträtin von Berlin-Mitte hat sie ein Gutachten in Auftrag gegeben, dass den Denkmalwert des Palastes der Republik bewiesen hat. Das „Ahornblatt“ in Mitte versuchte sie zu retten.

„Das Bündnis hat den Rhythmus von Berlin, man trifft sich für ein Ziel und obwohl man sich nie vorher sah, ist man sofort miteinander, organisiert sich, geht miteinander, mobilisiert und hat immer ein freundliches Wort auf den Lippen. Niemand, der einem sagen will, was die Wahrheit ist, neugierig bleiben auf die Meinung der Anderen, gemeinsam die Kraft spüren – wir stoppen den Abriss.“

CHRISTOPH WAGNER (* in Mörlenbach/Hessen). Studium der Pädagogik und Architektur in Heidelberg und Berlin. Seit 2000 Tätigkeit als Architekt in Berlin und New York. Zurzeit realisiert Christoph Wagner in Berlin für *realities:united* eine 1200 qm große transparente Lichtfassade am Potsdamer Platz. Eine Installation die sich als urbane Architektur versteht und von Künstlern bespielt wird.

Anfang 2005 gründete er zusammen mit Ulrich Vogl, Matthis Nägele, Sebastian Mordmüller und Ylva Queisser die Initiative Palastretter, die Mitte Oktober 2005 das Bündnis für den Palast initiierte.

"Die ästhetische Diskussion die um den Palast geführt wird ist eine Scheindiskussion. Jeder weiß das. In Wirklichkeit geht es darum, "von oben" ein gewolltes Geschichtsbild aufzudrücken, das ein ganzes Jahrhundert ignoriert. Aber es hat das 20. Jahrhundert gegeben: Die Abdankung des Kaisers, die Ausrufung der Republik, die Aufmärsche der Nazis, die Bom-

ben, den Abriss der Schlossruine, die DDR-Aufmärsche, den 40. Jahrestag der DDR, die Einheit, die erste frei gewählte Volkskammer, die Plastik-Schlossfassade, die Wiedernutzung des Palastes nach der Asbestentfernung. Das alles gehört dazu, diese Geschichtslayer müssen hier entdeckbar sein: Anbau statt Abriss. - Original statt Kopie."

MARGRIT KÜHL, Architektin, hat sich nach ihrer Mitarbeit an Bauprojekten in Schleswig-Holstein und Griechenland, 1991 entschlossen, in der geschichtsträchtigen Stadt Berlin Architektur und Baugeschichte zu studieren. Das wachsende Interesse und Engagement für die Architektur-Moderne der zwanziger Jahre und schließlich dessen Bruch durch die NS-Bauart öffnete ihr als Architektin die Möglichkeit, u. a. an der S.T.E.R.N. Machbarkeitsstudie „Prora für Rügen“ teilzunehmen. Den inzwischen zehn Jahre andauernden Diskurs um das 1936 geplante KdF-Seebad auf Rügen begleitete sie als Organisatorin von internationalen Workshops und Symposien. Sie arbeitet zur Zeit an ihrer Promotion „Das KdF-Seebad Prora – im internationalen Vergleich mit Seebädern und Großprojekten der 20er und 30er Jahre“.

„Unbequeme Baudenkmale, das sind die Bauten der NS-Zeit – keine Frage – sie werden und müssen unbequem bleiben! Unbequem ist nun auch der Palast der Republik. Entsorgen? Schützen? Pflegen? – Das fragt sich nicht nur Prof. Norbert Huse, dessen Veröffentlichung zum Umgang mit Baudenkmalen 1997 einen spannenden und umfassenden Beitrag zur Diskussion auch um den Palast der Republik schaffte.

Eine neue demokratische Republik Gesamtdeutschlands sollte jetzt und vor allen Dingen in der Zukunft anders mit Gebäuden vergangener totalitärer Systeme umgehen können, als sie nur abzureißen. Zukünftigen Generationen müssen wir die Chance geben, weiter zu denken und selbst entscheiden zu können. Eine sinnvolle funktionale und natürlich kostengünstige Sanierung des Palastes würde ausreichend Zeit und Möglichkeiten für eine Entscheidungsfindung in den nächsten zehn bis 20 Jahren bieten.“

UMBAU PALAST DER REPUBLIK ZUM WELTKULTURPALAST

Dipl. Ing. C. Anderhalten, Architekt BDA

Trotz der drohenden Abrissmaßnahmen des Palastes haben wir uns mit naheliegenden, pragmatischen Möglichkeiten des Umbaus und der Weiternutzung des Rohbaus auseinandergesetzt. Unser Interesse gilt hierbei eher einem alternativen Struktur- und Kalkulationsmodell als der Umsetzung einer architektonischen Haltung. Das Projekt formuliert keinen Anspruch auf Dauerhaftigkeit, sondern soll eine sinnvolle Alternative zum Abriss aufzeigen und somit die über Jahrzehnte drohende Brachfläche am Schlossplatz vermeiden.

Das Konzept „WeltKulturPalast“ sieht mehrere unterschiedliche Nutzungsbereiche vor:

In der Eingangsachse ist ein transparenter, über alle Geschosse reichender Ausstellungshof mit Verteil- und Leitfunktion vorgesehen. Rund um einen neuen Vortrags- und Konzertsaal im Bereich der ehemaligen Volkskammer entsteht ein „Labor für Gegenwartskunst“ mit multifunktionalen Räumen für experimentelle und dynamische Kunstprozesse. Der größte Teil des Gebäudes wird zu Ausstellungszwecken genutzt. In Form von Schaudepots könnten sowohl die Sammlungen der Dahlemer Museen und zeitweilig auch Bestände der Museuminsel untergebracht und der Öffentlichkeit präsentiert werden.



Im Erdgeschoss und im Bereich der Außenterrassen werden Shop- und Gastronomieflächen ausgewiesen. Insgesamt lassen sich im umgebauten Palast etwa 106.000 qm Fläche realisieren. Dies ist nahezu die doppelte Fläche des ehemaligen Stadtschlusses. Die archaische Atmosphäre des Rohbaus kombiniert mit zurückhaltenden architektonischen Interventionen lässt Parallelen zum Palais de Tokyo oder Centre Pompidou zu und verspricht einen kommunikativen, zeitgemäßen Kulturbetrieb. Der verbliebene Rohbaukörper stellt einen beträchtlichen Wert dar, den man mit Blick auf die derzeitige finanzielle Situation von Bund und Land nicht ohne weitere Betrachtung abreißen kann. Nach unserer Schätzung betragen die

Rohbaukosten des Palastes, würde man ihn heute errichten etwa 110 Mio. Euro. Davon entfallen alleine 30 Mio. Euro auf Erdarbeiten, Wasserhaltung, Gründung und Errichtung der Bodenplatte. Hinzu kommen die bereits zur Asbestsanierung investierten 85 Mio. Euro sowie die offiziell benannten Abrisskosten von mindestens 20 Mio. Euro (Ohne Abriss der Gründungswanne).

Die Machbarkeitsstudie zum Wiederaufbau des Schlosses sieht einen möglichen Baubeginn bereits 2007 vor. Nach unserer Einschätzung ist allerdings bei geregelter Finanzierung mit einem Planungs- und Ausschreibungsvorlauf bis 2012 zu rechnen. Nach mindestens sechs Jahren Bauzeit könnte das Humboldtforum frühestens 2018 (bei handwerklicher Fassadenrekonstruktion auch deutlich später) bezogen werden. Ein realistischer Eröffnungstermin dürfte frühestens im Jahr 2020 liegen. Nach dem Abriss des Palastes wird die Mitte Berlins dementsprechend über lange Zeit durch eine Stadtbrache bzw. Grossbaustelle gekennzeichnet sein.



Der Palastumbau kann in zwei bis drei Jahren abgeschlossen sein, da der gesamte Rohbau bereits vorhanden ist und nach der Fassadeninstandsetzung die Ausbauarbeiten unabhängig von der Witterung ausgeführt werden können. Als Investitionsbedarf haben wir bei reduzierten Eingriffen in den Bestand, sichtbarem Erhalt der vorhandenen Bausubstanz und Teilklimatisierung entsprechend Museumsstandard 60 Mio. Euro kalkuliert. Dies entspricht weniger als 10% der zur Rekonstruktion des Schlosses veranschlagten Summe.

Der „WeltKulturPalast“ wäre ein bescheidener Eingriff, der Berlin zurzeit besser zu Gesicht stände, als ein überzogenes Prestigeprojekt.

Presseinformation
Urban Catalyst, Berlin, 5.9.2005

Berliner Stadtschloss: Stolpe täuschte Öffentlichkeit - Machbarkeit zunehmend fraglich

Am 24. August haben Bundesbauminister Manfred Stolpe, Kulturstaatsministerin Christina Weiss, Bundestagspräsident Wolfgang Thierse und Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer die Kurzfassung einer Machbarkeitsstudie zum Neubau des Berliner Stadtschlusses präsentiert und mit großer Euphorie für die Realisierung des Projektes mit öffentlichen Mitteln plädiert.

Bei der Präsentation des Konzeptes hat Minister Stolpe der Öffentlichkeit jedoch wesentliche Informationen unterschlagen - er suggerierte wider besseres Wissen, dass eine baldige Realisierung des Humboldt-Forums im Schlossneubau möglich sei. Die Studie selbst jedoch liefert keinerlei Grund zur Euphorie – ganz im Gegenteil. Sie weist nach, dass die Empfehlungen der Expertenkommission – welche die Grundlage für den Bundestagsbeschluss vom Juli 2002 bildet – in weitem nicht realisierbar sind. Einen gangbaren Weg zu einer möglichen Realisierung kann sie noch nicht aufzeigen.

Aus gutem Grunde will daher der Bauminister die vollständige Studie bis zur Bundestagswahl nicht freigeben. Vor der Öffentlichkeit und der Presse, vor den Bundestagsabgeordneten und den Berliner Senatoren, die nicht Stolpes Partei angehören, wurde das vollständige Papier bis heute geheim gehalten. Bei einem Vorhaben, dessen gesamt-nationale Bedeutung immer wieder betont wird, ist ein solches Vorgehen schlicht suspekt. Am Eindruck, hier solle ein Projekt buchstäblich um jeden Preis durchgepeitscht werden, hat Bauminister Stolpe nun daran erheblichen Anteil.

Die Machbarkeitsstudie der Arbeitsgemeinschaft BulwienGesa AG, Berendes & Partner, Hemprich Tophof ¹(im folgenden kurz Studie genannt) wurde heute von Urban Catalyst der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Die folgende Analyse der ausführlichen Fassung der Studie zu den Themen Nutzung, Architektur, Kosten und Finanzierung zeigt die Erkenntnisse auf, die der Bauminister der Öffentlichkeit vorenthalten hat und die zu einer grundsätzlich anderen Beurteilung des Studienergebnisses führen:

Das Gutachten zeigt:

a) Die öffentlichen Nutzungen (Humboldtforum) müssen gegenüber den Empfehlungen der Expertenkommission auf die Hälfte verringert werden. (Siehe unten Punkt 1)

b) Zugleich ist eine massive Erweiterung des Bauvolumens notwendig. Über 60 Prozent der Nutzungen müssen außerhalb des rekonstruierten Schlosses untergebracht werden. So sollen die außereuropäischen Sammlungen der Stiftung Preußischer Kulturbesitz in zwei Untergeschossen untergebracht werden. Dafür muss mit noch unbekanntem Kosten die geplante U-Bahn U5 mehrere Meter tiefer verlegt und das Gebäude 8 Meter in das Grundwasser gebaut werden. Die Volumenerweiterung führt zu einer neuen architektonisch-städtebaulichen Form von zweifelhafter Qualität. Letztendlich kann das Nutzungskonzept Humboldtforum mit dem Gebäudekonzept Barockschloss nicht sinnvoll in Übereinstimmung gebracht werden. (Punkt 3)

c) Außer Hotel/ Tiefgarage kommen keine privaten Nutzungen für den Schlossneubau in Frage, aber selbst bei diesen bestehen grundsätzliche Zweifel ihrer wirtschaftlichen Tragfähigkeit wegen bereits vorhandener Überkapazitäten in Berlin. Ohnehin bieten die privaten Nutzungen keine finanziellen Vorteile für die öffentliche Hand. Aufgrund hoher finanzieller Risiken empfehlen die Gutachter, die privaten Nutzungen nicht als Teil der öffentlichen Bauaufgabe zu realisieren. Architektonisch, funktionell und wirtschaftlich am sinnvollsten wäre es, das Gebäude ohne private Nutzungen zu errichten. (siehe Punkt 2)

d) Die Größenordnung der bisherigen Baukostenannahme konnte nur unter der Prämisse bestätigt werden, dass die Nutzung halbiert werden und eine Reihe bislang einbezogener notwendiger Kosten unberücksichtigt bleiben ebenso wie die sich aus dem Raumkonzept ergebenden neuen Kosten (Untergeschosse). Bezogen auf die Nutzfläche sind die Kosten drastisch gestiegen. Eine zuverlässige Kostenschätzung ist zur Zeit noch nicht möglich. (siehe Punkt 4)

e) Alle Versuche, durch Einbeziehung von Privaten für die Realisierung des Bauvorhabens die öffentliche Hand zu entlasten, sind gescheitert. Einen gangbaren Weg zur Projektfinanzierung und –realisierung konnte das Gutachten nicht aufzeigen. Die vorgeschlagene Form einer PPP/ Kommunal-Leasing birgt große finanzielle Risiken und kann in der vorgeschlagenen Form nicht realisiert werden. Nach bisherigem Kenntnisstand ist eine staatliche Direktinvestition mit Kreditaufnahme bislang die wirtschaftlichste Lösung. Das weitere Festhalten an der Einbindung von privaten Nutzungen oder an Public-Private-Partnership-Modellen sind inzwischen nichts mehr als politische Rhetorik, um die Belastungen für die öffentliche Hand zu verschleiern. Die politischen Fragen der Finanzierung und des Realisierungsweges kann das Gutachten naturgemäß ohnehin nicht beantworten. (siehe Punkt 5)

All dies zeigt:

Der Öffentlichkeit wurden wesentliche Informationen vorenthalten, um Stimmung für ein Projekt zu machen, bei dem erhebliche Zweifel bestehen, ob es sinnvoll zu realisieren ist. Insofern ist das Vorgehen des Bauministers unseriös und hinsichtlich der potenziellen Verwendung öffentlicher Gelder fahrlässig. Im Ergebnis stellt sich die Frage, ob bei dem Vorhaben Schlossneubau Kosten und Aufwand noch in einem gesellschaftlich vertretbaren Verhältnis stehen.

Die in der Öffentlichkeit genannten Leasingkosten von 900 Mio. € (Nominalbetrag) verteilt auf 30 Jahre sind nur unbedeutend weniger als die Summe von 1032 Mio. € die der Bund für den Umbau der gesamten von der Schrumpfung gezeichneten Städte in Ostdeutschland von 2002 – 2009 auszugeben bereit ist. Das Vorhaben der Schlossplatzbebauung wäre ohnehin das mit Abstand teuerste öffentliche Gebäude, das seit 1945 (und evtl. auch je) in Berlin errichtet worden ist. Im Vergleich beliefen sich die Baukosten für andere große öffentliche Gebäude nur auf einen Bruchteil der Summe: Bundeskanzleramt: ca. 230 Mio. € Marie-Elisabeth-Lüders-Haus: 221 Mio. € Paul-Löbe-Haus: ca. 270 Mio. € Velodrom: 272 Mio. € Olympiastadion Berlin: 242 Mio. €

Der Auftritt der Minister Stolpe und seiner Parteikollegen vor zehn Tagen war nicht mehr als eine PR-Aktion im Wahlkampf und ein Versuch, den frühzeitigen Palastabriss mit einem scheinbar tragfähigen, realistischen Konzept für einen Neubebauung zu legitimieren. Durch eine Pressekampagne unter Unterschlagung relevanter Informationen soll die politische Legitimation für ein Vorhaben befördert werden, dessen sachliche Konkretisierung es zunehmend in Frage stellt.

Angesichts der wirtschaftlichen Lage des Bundes und des Landes Berlin und der anstehenden gesellschaftlichen Aufgaben wären nüchterner Realitätssinn und politisches Verantwortungsgefühl dringend geboten, statt euphorische Nebelkerzen zu zünden. Zu befürchten ist – angesichts der in den letzten fünfzehn Jahren entstandenen zahlreichen Berliner Investruinen und Bauten, deren Kosten mit schöner Regelmäßigkeit die Prognosen weit überstiegen -, dass auch hier wider alle Vernunft Fakten geschaffen werden, deren Folgen bei Realisierung auch zukünftige Generationen zu tragen hätten.

Wieder einmal ist der Informationspolitik des Bundes zu dieser Frage nicht zu trauen. Bereits hinsichtlich einer Palast-Zwischennutzung hatte der Bund die Kostenangaben manipuliert und lange Zeit behauptet, eine solche wäre nicht realisierbar, weil allein die bauliche Herrichtung 15 Millionen Euro kosten würde. Auch damals weigerte sich der Bund, die Berechnung nachvollziehbar zu machen. Urban Catalyst hatte im November 2002 mit einer ersten Machbarkeitsstudie nachgewiesen, dass eine solche Nutzung zu einem Bruchteil der vom Eigentümer behaupteten Kosten realisiert werden kann. Nach vielen weiteren politischen Mühen konnte das Gebäude über zwei Jahre genutzt werden.

Statt des vom Bund anvisierten Vorgehens ist vielmehr geboten:

- a) Der Palast der Republik sollte nicht abgerissen werden, solange nicht eine realistische und durchführbare Neubebauung des Schlossplatzes planerisch konkretisiert und von den notwendigen politischen Gremien beschlossen worden ist.
- b) Bevor überhaupt Entscheidungen getroffen werden können, müssen zunächst zentrale Fragen der Realisierung, insbesondere des Tiefbaus, hinreichend untersucht sein. Ebenso ist eine Konkretisierung des Konzeptes für die öffentliche Nutzung und eine öffentliche Debatte hierzu dringend notwendig.
- c) Alternative bauliche Lösungen sind auf ihre architektonischen Qualitäten, funktionalen Möglichkeiten und finanziellen Folgen als Option zu prüfen und mit der präferierten Variante zu vergleichen.
- d) Welche programmatischen und baulichen Vorgaben sich auch immer durchsetzen mögen: Bevor Bund und Land die Verantwortung für die Realisierung der Bebauung an einen Dritten (Baufirma, Leasinggeber oder Privatinvestor) abgeben, muss ein Architektenwettbewerb durchgeführt und entschieden sein und darauf basierend eine realisierbare und verbindliche Planung vorliegen. Nur im Anschluss hieran kann zuverlässig geprüft werden, ob eine PPP für die öffentliche Hand überhaupt irgendeinen finanziellen Vorteil bietet.
- e) Auf private Nutzungselemente sollte – da sie sowohl finanziell wie baulich nur nachteilig sind - verzichtet werden zu Gunsten eines kleineren, dem Ort angemesseneren Baukörpers.

Zu den Ergebnissen der Studie im Einzelnen:

1. Nutzung Humboldtforum

Die öffentlichen Nutzungen müssen halbiert und zudem in wesentlichen Teilen außerhalb der historischen Schlosskubatur realisiert werden.

Eine Halbierung der öffentlichen Nutzung von 100.000 qm (Empfehlung Expertenkommission 2002) auf knapp 50.000 qm ist notwendig. Dies ist nochmals deutlich weniger als die bereits von der Arbeitsgruppe „Schlossareal“ 2003 vorgenommene Reduzierung auf 65.000 qm. Die Gesamtbruttogrundfläche incl. privater Nutzungen sinkt von 200.000 qm (Empfehlung Expertenkommission 2002) auf 135.000 qm (Arbeitsgruppe Schlossareal 2003: 160.000 qm). Der Anteil öffentlicher Nutzung sinkt von ursprünglich geplanten 80% auf 68%, wobei das

Bauministerium sogar eine Reduzierung auf 60% erwogen hatte, die aber in Ermangelung geeigneter privatwirtschaftlicher Nutzungen nicht realisierbar ist.

Zugleich ist für dieses halbierte öffentliche Nutzungsprogramm die maximal mögliche Ausdehnung des Bauvolumens über die historische Kubatur hinaus erforderlich, womit die historische Schlosskonzeption gesprengt wird (siehe unten) und zentrale Nutzungen außerhalb des Schlossbaukörpers untergebracht werden müssen. Im Gutachten heißt es hierzu: „Die Realisierung eines Museums im geplanten Umfang erscheint möglich, wenn die Ausstellungsflächen in das erste Untergeschoss oder andere Bauteile außerhalb der historischen Schlosskubatur verlagert werden“ (S. 31). Dies betrifft das Museum mit der außereuropäischen Sammlung der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, welches in einem doppelten, insgesamt 9,5m tiefen Untergeschoss untergebracht werden soll.

2. Privatwirtschaftliche Nutzungen

Der vom Auftraggeber erwogene Anteil von 40% Prozent privatwirtschaftlicher Nutzung ist nicht realisierbar, da – wenn überhaupt – allenfalls ein Luxushotel und eine Tiefgarage in dem geplanten Gebäudekomplex wirtschaftlich tragfähig wären. Ohnehin tragen die privaten Nutzungen nichts zur Finanzierung der Schlossrekonstruktion und der öffentlichen Nutzungen bei.

Diverse vom Auftraggeber erwogene Privatnutzungen (Wohnen, Büro, Shopping Mall etc.) schließt das Gutachten aus unterschiedlichen Gründen (schwacher Immobilienmarkt, deutliche Leerstände bei Büros, Einzelhandel und „exklusivem Wohnen in City-Lagen“; stagnierende Mieten, schwache Kaufkraft, funktionale Mängel des Schlossneubaus etc.) völlig aus (s. S. 3ff.). Wenn überhaupt, kommt nur ein 5-Sterne-Hotel (15.000 qm Mietfläche, 200-250 Zimmer) mit Tiefgarage in Frage: „Bezogen auf alle Nutzungsbausteine stellt ein Hotel aus Marktsicht trotz dieses Risikos die realistischste Variante für eine privatwirtschaftliche Nutzung für den Neubau des Schlossareals dar.“

Doch selbst dies sieht das Gutachten als riskant an, denn: „Mit 13 Hotels und ca. 4300 Betten existiert insgesamt ein sehr großes Angebot an Hotels aus 5-Sterne/5-Sterne-Plus-Segment in Berlin. Derzeit sind weitere Hotels dieser Kategorie mit gut 600 Zimmern in Bau oder in Planung. Insgesamt betrachtet sind neben den Betreibern der Marken Mandarin Oriental und Raffles nur einige wenige andere international agierende Marken als Betreiber von Luxushotels in Berlin noch nicht vertreten.“ (S. 28). Die ohnehin sehr niedrigen durchschnittlichen Zimmerpreise in Berlin sind weiter im Abwärtstrend. Zudem liegen Berliner Hotels mit 57-67% Auslastung „am unteren Ende der Rentabilitätsspanne“. Auch die Berlin Tourismus Marketing GmbH (BTM) sowie der Präsident der Hotel- und Gaststätteninnung, Willy Weiland, beurteilen diese Idee skeptisch. Weiland hierzu: „Ich habe den Eindruck, wenn man nicht weiß, was man mit einer Immobilie machen soll, schlägt man den Bau eines Hotels vor.“ Schon jetzt gebe es fast 20 Hotels dieser Kategorie in der Stadt. „Ich sehe nicht, dass Berlin noch ein Hotel vertragen kann.“ (Berliner Zeitung, 26.8.2005)

Auch hinsichtlich der vorgeschlagenen Tiefgarage benennt das Gutachten erhebliche Risiken. Selbst bei der eingeplanten Festvermietung eines Viertels der Stellplätze an den Hotelbetreiber ist bei der Tiefgarage „erst mittelfristig mit einem rentablen Betrieb zu rechnen, da auch die Garagen im Umfeld eine verhältnismäßig geringe Auslastung aufweisen“ (S. 35), nämlich zwischen 20 und 30%. Und: „Hinzu kommt ein stadtplanerischer Gesichtspunkt, der Schlüsse zulässt, dass eine Ausdehnung des öffentlichen Stellplatzangebotes in der Nähe der historischen Mitte nicht erwünscht ist, zumal eine verbesserte Erreichbarkeit des Standortes mit ÖPNV durch die Realisierung der U55 angestrebt wird.“ (S. 35)

So empfiehlt die Studie letztendlich, aufgrund der wirtschaftlichen Risiken keine privatwirtschaftlichen Nutzungen als Teil des öffentlichen Bauvorhabens zu realisieren, und plädiert dafür, Hotel- und Tiefgarage als separates Bauvorhaben auf eigenem Grundstück durch einen privaten Investor auf Basis von Erbbaurecht erstellen zu lassen (S. 73). Wie allerdings eine solche bauliche Ausgliederung auf dem Schlossplatz erfolgen könnte, bleibt ungeklärt und schwer vorstellbar. Im möglichen Falle einer Nichtrealisierung bliebe der Schlosskomplex ein bauliches und funktionales Fragment. Eine alternative und bessere Lösung wäre die in der Studie beschriebene Handlungsoption 3: Die Realisierung des gesamten Gebäudekomplexes ohne irgendeine privatwirtschaftliche Nutzung.

Das Gutachten geht ohnehin davon aus, dass die privaten Nutzungen nicht zur Finanzierung der öffentlichen Nutzungen beitragen, sondern lediglich „die eigenen Bau- und Betriebskosten tragen und mit der öffentlichen Nutzung Synergieeffekte bringen“ (S. 44).

Räumlich gesehen ist das Hotel nur im einzigen frei gestaltbaren Gebäudeteil – dem Ostflügel - realisierbar, weshalb es bei Einbeziehung dann auch die außereuropäischen Sammlungen, deren Raumprogramm nicht in die Schlosskubatur passt, gänzlich in die Tiefgeschosse verdrängen würde, wobei die Folgekosten für den Tiefbau in der Kalkulation gar nicht einbezogen wurden.

Wenn aber kein Bedarf für ein Hotel besteht, es nichts zur Finanzierung beiträgt und nur zusätzliche Raumprobleme schafft, für deren Lösung ein weiterer Baukörper notwendig wird, stellt sich die Frage, wozu dann überhaupt noch ein weiteres Hotel samt Garage errichtet werden soll.

3. Baukörper / Architektur

Selbst die Realisierung der um 50% reduzierten öffentlichen Nutzung des Humboldtforums erfordert zur Unterbringung zentraler Funktionen eine Erweiterung des Schlossbaukörpers um Neubauteile, welche die Kubatur des ehemaligen Schlosses sprengen und zu städtebaulich problematischen Baukörperformen führen. „Großteile des Raumprogramms des neuen Schlosses (sind) in den Untergeschossen unterzubringen.“ (S. 38) Hinzu kommt der Hotelneubau auf der Ostseite. Die Studie sieht mit ca. 80.000 qm Bruttogeschossfläche ca. 60% der Nutzung in Neubauteilen ohne historischen Bezug vor (favorisierte Variante „Option 1“ mit Hotel und Tiefgarage). Diese sind:

- Zwei Kellergeschosse von insgesamt 9,5 Meter Tiefe, in denen das Kernstück des Humboldt-Forums - die Außereuropäische Sammlung der Stiftung Preußischer Kulturbesitz - sowie die Tiefgarage untergebracht werden sollen (insgesamt 46.000 qm BGF, 35%)
- Ausdehnung des Ostflügels nach Osten und Süden wesentlich über die Umrisse des alten Schlosses hinaus für die privaten Nutzungen (mit 48.000 qm BGF 36% des gesamten Bauvolumens)
- Maximal mögliche Bebauung des Eosanderhofes sowie Überdachung Schlüterhof.

Hieraus ergeben sich vor allem zwei Probleme:

- architektonisch-städtebaulich: Statt eines Schlossnachbaus mit einer modernen Ostfassade wird nun eine Baukörpercollage aus barockem Schlossnachbau (2/3) und neuem Längskamm-Baukörper (1/3) konzipiert. Hierbei sind die ahistorische Südverlängerung, die dem solitären Baukörper des Schlosses eine Art Scheuklappe verpasst, sowie die Sägezahnfassade Richtung Alexanderplatz besonders problematisch.
- bautechnisch: Die vorgesehenen, ca. 8 Meter ins Grundwasser reichenden Tiefgeschosse führen zu einem erheblichen bautechnischen Mehraufwand von bislang unbekannter Größe, der in den

genannten Kosten auch noch nicht einberechnet ist und wegen fehlender Untersuchungen auch nicht eingerechnet werden konnte. Die geplante Verlängerung der U5, die den Schlossplatz quert, müsste zudem mehrere Meter tiefer als geplant gebaut werden, worüber mit der BVG allerdings noch nie gesprochen wurde: „Leider war es in der Kürze der Zeit nicht möglich, hierzu nähere Auskünfte zu erhalten.“ (S.42f)

Ob das geplante Tiefgeschoss überhaupt realisiert werden kann, ist daher noch nicht gesichert: „Risiken, die das Konzept und die Unterbringung des Raumprogramms gefährden könnten, liegen insbesondere noch im Bereich der Gründung wegen des U-Bahnbaus und der Gefährdung der Umgebungsbebauung. Eine Klärung der maximalen Gründungstiefe aus technischen und funktionalen Gründen ist zwingend geboten“, (S. 53) aber noch nicht erfolgt.

Das Gutachten zeigt zudem auf, dass die Festlegung des Bundestags zur Rekonstruktion der Barockfassaden im Rahmen der Kubatur des alten Schlosses größere Mehrkosten zur Folge hat als die Herstellung der Fassaden selbst, da zahlreiche Räume nicht oder nur teilweise genutzt werden können (Entresol, Dach sowie ein größerer Teil der Innenräume mit der oft ungünstig großen Geschosshöhe von ca. 7 Metern, die zugleich etwas zu niedrig ist für eine Doppelgeschossigkeit, S. 40f.). Andere Optionen wurden auftragsgemäß aber nicht untersucht.

4. Kosten

Den scheinbar identischen Baukostenabschätzungen von 670 Mio. € seitens der internationalen Expertenkommission, der Arbeitsgruppe Schlossareal und der Machbarkeitsstudie (hier der Mittelwert von 533 – 780 Mio. €) liegt eine schrittweise Halbierung der Nutzfläche (siehe oben) und eine zunehmende Nichteinberechnung notwendiger Kosten zugrunde. Faktisch haben sich damit die Kosten bezogen auf die Nutzfläche drastisch erhöht.

In die Berechnung der Machbarkeitsstudie nicht einbezogen sind die Kosten für den Abriss des Palastes (weder oberirdisch noch unterirdisch), die Kosten der Freimachung des Grundstücks durch Tieferlegung der geplanten U-Bahnverlängerung U5 und Umlegung von Hauptversorgungsleitungen (Abwasser, Trinkwasser, Strom usw.), Erschließungskosten, Mehrkosten durch besonderen Gründungsaufwand, Außenanlagen sowie Kosten der Ausstattung (S. 51, 56). Plausibel ist nur, dass der Grundstückswert von 125 Mio. € nicht berücksichtigt ist. Während einige der fehlenden Kostengruppen nur wenige Prozente der Gesamtkosten betragen werden, können insbesondere die Tiefbaukosten für Abriss, Freimachung und Neubau zu wesentlichen Mehrkosten führen. Hierüber können beim jetzigen Wissensstand jedoch keine sinnvollen Angaben gemacht werden.

Ohnehin besteht auch bei den berechneten Hochbaukosten – so die Gutachter - die „Schwierigkeit, in einer frühen Phase zu nachvollziehbaren und begründbaren Kostenansätzen bei so großen und mit verschiedenen Raumprogrammteilen belegten Vorhaben zu kommen“ (S. 51), weshalb in der Realisierung des Projektes „erhebliche Abweichungen“ auftreten können (S. 2).

Auch die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen können sich bis zur frühestmöglichen Vertragsreife in mehreren Jahren signifikant verändern. Ob man dann weiterhin – wie im Gutachten angenommen – von dem zur Zeit historisch niedrigen Zinsniveau ausgehen kann, kann heute nicht beurteilt werden. Eine Zinserhöhung um z.B. zwei Prozentpunkte würde allerdings bereits zu einer Mehrbelastung der öffentlichen Hand von ca. 30 Prozent führen. Doch hiermit ist bereits das nächste Thema angesprochen: Die Finanzierung.

5. Finanzierung + Projektentwicklung / PPP

Der Begriff „Public-Private-Partnership“ (PPP) soll – ebenso wie die Einbeziehung privater Nutzungen - suggerieren, dass ein Privatinvestor der öffentlichen Hand ein Gebäude mitfinanziert – de facto liegen die Kosten jedoch ausschließlich bei Bund und Land. Die von der Expertenkommission und von der Arbeitsgruppe vorgeschlagenen Formen für eine Public-Private-Partnership (PPP) oder anderweitige Einbeziehung privaten Investments oder Bauträgerschaft zur Entlastung der öffentlichen Haushalte erweisen sich für die öffentliche Nutzung als unwirtschaftlich. Die von der Machbarkeitsstudie vorgeschlagene Form einer PPP mit Kommunal-Leasing erweist sich bei genauerer Betrachtung als ebenfalls nicht als machbar, so dass nach bisherigem Kenntnisstand eine staatliche Direktinvestition mit Kreditaufnahme bislang weiterhin die wirtschaftlichste Lösung darstellt.

Die internationale Expertenkommission 2002 empfahl zur Finanzierung der 590 Mio. Euro Baukosten ein Aktiengesellschaftsmodell, wonach die öffentliche Hand 230 Mio. € aufbringen sollte, weitere 280 Mio. € sollten auf institutionelle Anleger und 80 Mio. € auf „Streubesitz“ entfallen.

Die Arbeitsgruppe „Schlossareal“ favorisierte nach einer Prüfung mehrerer PPP-Modelle eine weitgehend öffentliche Finanzierung, die jedoch wegen der angespannten Haushaltslage „nicht darstellbar“ sei.

Umso befremdlicher mutet es an, dass genau zwei Jahre später Bundesbauminister Stolpe und Kulturstaatssekretärin Christina Weiss euphorisch ein PPP-Modell favorisieren, wonach Bund und Land nach einem Leasing-Modell die in der Öffentlichkeit genannten Nominalbetrag von insgesamt 900 Millionen Euro über 30 Jahre investieren sollen – also das Dreifache der damals prognostizierten Summe für eine gleichzeitig drastisch reduzierte öffentliche Fläche, und das, obwohl sich die wirtschaftliche und die Haushaltslage weiter verschlechtert haben. Das Finanzministerium wurde diesmal – im Gegensatz zur Arbeitsgruppe Schlossareal – nicht einbezogen.

Die Studie untersucht und vergleicht drei Handlungsoptionen (PPP, rein private Finanzierung, rein öffentliche Finanzierung) – allerdings nicht auf Grundlage vergleichbarer Risiken, Flächen-, Baukörper- und Kostenstrukturen, infolgedessen der nicht ganz neutrale Vergleich leicht zugunsten des PPP-Modells/Kommunal-Leasing mit völligem Einredevorzicht ausfällt (Erklärung hierzu siehe unten).

Dieses von den Gutachtern favorisierte Modell geht davon aus, dass im Wettbewerb ein privater Investor gesucht wird, der die Errichtung und Finanzierung des Schlossneubaus mit Humboldt-Forum gegen Entrichtung einer laufenden Leasingrate über 30 Jahre als Gegenleistung für die Nutzung durchführt. Die volle Finanzierung liegt also beim Nutzer, der auch die Instandhaltung und die Risiken zu tragen hat.

Problematisch ist das vorgesehene PPP-Modell in mehrfacher Hinsicht:

- Für eine PPP besteht bei einem Vorhaben solcher Größenordnung grundsätzlich das Problem, überhaupt einen Investor zu finden. Die höchst dotierten einzelnen Immobilieninvestments in Deutschland seit 2002 liegen in Berlin bei 197 Mio. Euro, in München bei 275 Mio. Euro und in Frankfurt/Main zwischen 280 und 472 Mio. Euro. „Ein Investment in der Bebauung des Schlossareals in Höhe von 670 Mio. Euro würden diesen in Berlin und anderen deutschen Städten bislang üblichen Rahmen somit weit überschreiten.“ Die Autoren sehen daher das Risiko „eines mangelnden Wettbewerbes zwischen privaten Investoren, die überhaupt in der Lage sind, ein solches Projektvolumen zu bewältigen.“ (S. 14)
- Bei dem von den Gutachtern vorgeschlagenen Modell eines Kommunalleasing mit Einredevorzicht sichert der Einredevorzicht zwar günstige kommunalkreditähnliche Konditionen,

aber hat zugleich ein bei diesem Bauvorhaben ausgesprochen heikles Risiko zur Folge: „Grundsätzlich ist die öffentliche Hand infolge dieses (Einrede)Verzichtes gehalten, ihrer Zahlungsverpflichtung auch im Falle von Leistungsstörungen nachzukommen.“ „Mit der Abgabe einer derartigen Erklärung gibt die öffentliche Hand ... ein ganz wesentliches Sanktionsinstrument aus der Hand.“ (S. 65) Wenn also beispielsweise die Museumsräume – wie kürzlich bei dem Neubau der Akademie der Künste Berlin geschehen – durch eindringendes Grundwasser unbenutzbar würden, müssten Land und Bund die Leasingraten an den Investor unvermindert weiter zahlen, ohne mit einer - nach BGB berechtigten - Zahlungsminderung Druck ausüben einfordern zu können. Besondere Probleme würden im Falle einer Insolvenz des Investors (wie etwa beim Berliner Olympiastadion) auftreten, da auch hier die Leasingzahlung an die Banken unvermindert weiter gezahlt werden müssten. Insofern bietet die PPP keinerlei Vorteil gegenüber einer kommunalen Eigeninvestition, sondern nur erhöhte Risiken durch den Einredeverzicht. Ohne Einredeverzicht liegen allerdings die Kosten wegen den schlechteren Finanzierungsbedingungen für die öffentliche Hand um ca. 30 Prozent höher, bei einer Leasingrate von 30 mal 30,5 Mio. €- 44,8 Mio. € je nach Baukosten (klassisches Leasing, S. 62ff.).

- Die Gutachter schlagen vor, zunächst ein Investorenbieterverfahren durchzuführen und erst im Anschluss einen internationalen Architektenwettbewerb. Dies ist kein gangbarer Weg, weil für eine Investorenauswahl zunächst detaillierte Planungen als Grundlagen zur Kostenermittlung vorliegen müssen, da Investoren sonst keine belastbaren Angebote zu Herstellungskosten und Leasingraten unterbreiten können. Zaghafte weisen die Gutachter auf dieses Problem hin: „Ein Nachteil könnte in der Tatsache bestehen, dass der Vertrag mit einer Baukostenobergrenze geschlossen werden muss, aber zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses noch kein Architektenentwurf vorliegt.“

Allenfalls könnten die Investorenangebote auf Basis einer reinen Funktionsbeschreibung erfolgen. Die Architektorauswahl und die gestalterische Konkretisierung des Gebäudes müsste dann dem Investor überlassen werden. So heißt es dann auch im Gutachten: Bei PPP hat der Private „also im Gegensatz zur herkömmlichen Eigenrealisierung (durch die öffentliche Hand) in der Art und Weise der Zielerreichung „freie Hand“ für innovative und kostengünstige Lösungen.“ (S. 74). Ein solches Verfahren kann für nachgeordnete Verwaltungsgebäude oder technische Funktionen sinnvoll sein, aber nicht für ein Bauwerk, das gemäß Bauherrenabsicht Berliner und deutsche Geschichte und Identität repräsentieren soll.

Selbst die Studie räumt ein, dass eine staatliche Realisierung zunächst die wirtschaftlichste ist: „Die Liquiditäts- wie auch die Kapitalwertbetrachtungen machen deutlich, dass die Handlungsoption 3 (kommunalkredit-finanzierter öffentlicher Eigenbau) im Vergleich zu den Resultaten der Handlungsoptionen 1 (Kommunal-Leasing- Modelle) und 2 (Miet-Modell) die besseren Ergebnisse erzielt.“ (S. 94) Ob - wie erhofft - Effizienzsteigerungen die zunächst bestehenden finanziellen Nachteile einer PPP (über)kompensieren können, ist zum heutigen Zeitpunkt ausgesprochen fraglich.

Der Architektenwettbewerb und die anschließende abgestimmte Entwurfsplanung mit Kostenermittlung muss vorgezogen werden. Erst dann kann sinnvollerweise ein Modellvergleich erfolgen, der Finanzierungsbeitrag der öffentlichen Hand beschlossen und anschließend – falls überhaupt erforderlich – ein Investorenauswahlverfahren angeschlossen werden.

Urban Catalyst/ Philipp Oswalt und Ulrike Steglich, freie Journalistin
Berlin, den 3.9.2005

Diese Analyse der vom Bund beauftragten Studie kann im Internet unter www.urbancatalyst.net abgerufen werden.

Der Forschungsverbund Urban Catalyst entwickelte sich aus einem gleichnamigen europäischen Forschungsprojekt über Strategien temporärer Nutzungen auf urbanen Brachflächen (2001 – 2003)

und wurde von Philipp Misselwitz, Philipp Oswald und Klaus Overmeyer 2003 gegründet. Urban Catalyst ist Mitinitiator der kulturellen Zwischennutzung des Palastes der Republik durch Zwischenpalastnutzung/ Volkspalast, hatte im November 2002 eine erste Machbarkeitsstudie hierzu vorgelegt und zeigte mit Ausstellung und Symposium „Abriß und dann? – X Ideen für den Berliner Schlossplatz“ im Juli/ August 2005 alternative Ideen zum Umgang mit dem Ort auf.

Impressum: Urban Catalyst / Philipp Oswald / Eisenacher Straße 74 / D 10823 Berlin
/ T: 49-30-78955630 // F: 49-30-78955631 / po@urbancatalyst.net / www.urbancatalyst.net

¹ Dieser Presseinformation liegt folgendes Dokument zu Grunde: BulwienGesa AG, Berendes & Partner, Hemprich Tophof : Immobilienökonomische Machbarkeitsstudie zum Neubau des Schlossareals Berlin, Nutzungs- und Wirtschaftlichkeitsuntersuchung, im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehrs-, Bau- und Wohnungswesen B 25 und der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Berlin IIB, Projektnummer. 63101, Berlin, 1. August 2005

BRIEFFREUNDE

Das Bündnis hat sich in Form von Briefen an alle zuständigen Politiker der alten und neuen Bundesregierung gewandt. Im Einzelnen waren dies der Finanzminister (Steinbrück/Eichel), der Verkehrs- und Bauminister (Tiefensee/Stolpe), die zukünftige Bundeskanzlerin Merkel, der designierte Parteivorsitzende der SPD Platzeck, der Parlamentspräsident Lammert und die zuständigen Staatssekretäre aus dem Finanz- und Bauministerium. Zudem ging ein ähnlicher Brief an alle (über 90 Personen) noch im neuen Bundestag vertretenen Mitgliedern des alten Haushaltsausschusses, der letztendlich für die Finanzierung des Abrisses und des Schlosswiederaufbaus die Verantwortung trägt.

Der Text:

Helfen Sie mit, die Verschwendung von über 1,2 Milliarden € zu verhindern!

Berlin, 8. November 2005

Sehr geehrter Herr Steinbrück!

Wir wenden uns hiermit an Sie in Ihrer Eigenschaft als zukünftiger Verantwortlicher für Entscheidungen bezüglich der durch das Bundesvermögensamt verwalteten Liegenschaften des Bundes.

Der Bundestag hat am 2. Juli 2002 die Empfehlung ausgesprochen, dass der Palast der Republik in Berlins Mitte abgerissen werden soll, um das alte Stadtschloss wiederaufzubauen. Die vom Bundesbauministerium in Auftrag gegebene Machbarkeitsstudie entzieht jedoch die Grundlage für diese Empfehlung des Bundestages. Die Errichtung dieser Schlosskopie wird mit geschätzten 1,2 Milliarden Euro mindestens doppelt soviel kosten, als zum Zeitpunkt des Bundestagsbeschlusses veranschlagt. Experten gehen davon aus, dass dieses Schloss niemals finanziert werden kann. Was bleiben wird, ist eine Brachfläche im historischen Zentrum Berlins direkt gegenüber dem Dom und ein schon heute absehbarer Finanzskandal.

Trotzdem hält die Bundesregierung an der bisherigen Planung fest und möchte im Januar mit dem Abriss beginnen. Neben der kulturpolitischen Diskussion, ob die Geschichte des Schlosses wichtiger sei als die der Deutschen Teilung, gibt es seit Vorliegen der Machbarkeitsstudie neue zwingende finanzielle Argumente, den Abriss zumindest zu verschieben. Zu den kulturpolitischen Aspekten möchten wir uns lediglich noch die Anmerkung erlauben, dass die Generation, die ab heute mit dem Erbe des Schlossplatzes leben muss, eine Generation der Wende ist und nicht der Preußischen Schule.

Unter finanziellen Gesichtspunkten betrachtet ist die Entscheidung jedoch eine Katastrophe!

Nach der 1998 durchgeführten 85 Millionen teuren Asbest-Sanierung blieb ein asbestfreier, hochwertiger, verglaster Stahlbetonrohbau mit einem geschätzten Rohbauwert von 110 Millionen Euro zurück. Dieser könnte problemlos in eine Neuplanung integriert werden, was zu erheblichen Kosteneinsparungen führen würde. Aufgrund der Bauweise ist sein Rückbau ein extrem aufwendiges und teures Unternehmen, bei dem auch Folgeschäden für die umliegende historische Bebauung nicht ausgeschlossen werden können.

Die Gesamtabrisskosten einschließlich der laut Machbarkeitsstudie erforderlichen späteren Beseitigung der "Schwarzen Wanne" betragen ca. 60 Millionen Euro. Für genau diese Summe könnte das Gebäude hochwertig

saniert werden, was auch als Übergangslösung mehr Sinn machen würde als ein sofortiger Abriss. Es stünde so ein dringend benötigter Ort für kulturelle Zwecke innerhalb kürzester Zeit zur Verfügung. Hierzu gibt es zahlreiche Studien und Entwürfe von großen Architekturbüros, z.B. www.weltkulturpalast.com, und auch eine eindeutige Stellungnahme des BDA (Bund Deutscher Architekten). Diese können Sie online einsehen unter http://www.bda-architekten.de/arch/bda/view.php?lang=de&thema=BDA_pressemitteilungen&ID=93.

Ein späterer Schlossneubau wäre hierdurch keineswegs ausgeschlossen, sofern er zukünftig finanzierbar sein sollte.

Zusammenfassend lässt sich folgende einfache Rechnung aufmachen:

Für fünf Prozent der Kosten, die die Preußische Schlosskopie kosten würde, und mindestens fünf mal so schnell als man diese bauen könnte, bietet das bestehende Gebäude in Berlins Mitte eine wertvolle kulturelle Zukunftsperspektive mit fast der doppelten nutzbaren Fläche im Vergleich zur jetzigen Planung.

Wenn die Bundesregierung für sich in Anspruch nehmen will, dass sie das Beste für die Bürger dieses Landes tut, kann sie diese sinnlose Vernichtung des vorhandenen Potentials und die hier geplante Verschwendung von Steuergeldern nicht einfach geschehen lassen. Der Abriss des Palastes muss verschoben werden, der Bundestag muss sich erneut mit dem Thema befassen und im Sinne künftiger Generationen entscheiden, inhaltlich und wirtschaftlich!

Deshalb bitten wir Sie, Herrn Steinbrück, sich dieses wichtigen Themas anzunehmen und alles in Ihrer Macht stehende zu tun, um den unmittelbar bevorstehenden Abriss noch aufzuhalten.

Wir haben dieses Schreiben auch an Hans Eichel, Wolfgang Tiefensee, Manfred Stolpe, Matthias Platzeck, Angela Merkel, Norbert Lammert und an einige andere ihrer Kollegen gerichtet.

Für weitere Informationen stehen wir Ihnen gern zur Verfügung.

Wir warten gespannt auf Ihre Antwort.

Mit freundlichen Grüßen

Marc R. Wilkins
Filmregisseur

Amelie Deuffhard
Sophiensaele/Volkspalast

Matthis Nägele
Architekt

stellvertretend für alle Mitglieder des BÜNDNIS FÜR DEN PALAST

Das BÜNDNIS FÜR DEN PALAST antwortet Manfred Stolpe:

HERR STOLPE, HIER SPRICHT DER PALAST.

DER MINISTER STELLT IM TAGESSPIEGEL BEHAUPTUNGEN AUF – DAS BÜNDNIS FÜR DEN PALAST ANTWORTET. DIE DISKUSSION IST ERÖFFNET.¹

„Ganz Deutschland muss stolz sein“, sagt der noch amtierende Bundesbauminister Manfred Stolpe.

Dieser Meinung sind wir auch! Ja, die Bundesrepublik kann stolz sein. Vor allem auf ihre jüngste Geschichte. Auf eine friedliche Wiedervereinigung und eine friedliche Politik, auf eine moderne, offene Gesellschaft. Und verkörpern nicht gerade wir diese Gesellschaft, die so oft von der Politik propagiert wird? Das Bündnis für den Palast ist gelebte Wiedervereinigung! Gesellschaftsübergreifend, parteiunabhängig, weltoffen und optimistisch. Wir glauben an die Zukunft und die Chancen, die sie uns bietet.

Der Bundesbauminister fordert den schnellen Neubau des Stadtschlosses. – Wir fordern ein sinnvolles, realistisch finanzierbares Nutzungskonzept für den Schlossplatz. Einen fairen öffentlichen Diskurs, der auch Alternativen zulässt und die Verschwendung von 1,2 Milliarden Euro Steuergeldern für ein umstrittenes Prestigeobjekt verhindert.

In Anbetracht der Haushaltslöcher von geschätzten 35 bis 70 Milliarden Euro und einer zu erwartenden Neuverschuldung von voraussichtlich 41 Milliarden Euro fällt es uns schwer einzusehen, wieso die Politik bereit ist, 1,2 Milliarden Euro für ein Stadtschlosskonzept auszugeben.

„Wer das (Moratorium zum Palastabbriss) fordert, will den Stillstand. Deshalb ist das der falsche Weg.“

Stillstand? Was ist Stillstand? Die Replik einer Schlossfassade, welche vor 50 Jahren zerstört worden ist und mit deren Baubeginn frühestens 2012 zu rechnen ist? Oder ein vorhandenes Gebäude aus jüngerer Vergangenheit mit vielfältigen öffentlichen Nutzungsmöglichkeiten für zehn Prozent der für die Schlosskopie veranschlagten Kosten? Ist Stillstand nicht vielmehr die Errichtung eines weiteren Fünf-Sterne-Hotels und eine mit vielen Unsicherheiten verbundene Nutzung durch das Humboldt-Forum?

Umbau statt Abriss! Das verbindet die Zukunft mit der Vergangenheit. Hierfür liegen bereits seit geraumer Zeit sehr gute Konzepte vor. Um nur eines zu nennen: Claus Anderhalten, Berliner Architekt und im Vorstand des Bund Deutscher Architekten Berlin, hat ein Konzept für den Umbau des Palastes vorgelegt, das unter anderem den bedeutenden Sammlungen der Humboldt-Universität und den Sammlungen der Stiftung Preußischer Kulturbesitz Raum

¹ Die Zitate des Bundesministers für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen sind dem Tagesspiegel-Interview „Ganz Deutschland muss stolz sein“ vom 12. November 2005 entnommen. URL: <http://archiv.tagesspiegel.de/archiv/12.11.2005/2171258.asp>

bietet. Für 60 Millionen Euro erhalten die internationale zeitgenössische Kunst, Kultur und andere öffentliche Nutzungen doppelt soviel Raum, wie das geplante Humboldtforum für 1,2 Milliarden Euro. Derartige Konzepte werden jedoch von der Politik boykottiert.

„Wir haben die städtebauliche Aufgabe, den Schandfleck in der Mitte Berlins zu beseitigen. Unsere Machbarkeitsstudie hat ergeben, dass man das ohne große Verrenkungen hinbekommen kann ... Der Palast muss irgendwann abgerissen werden, weil es nicht möglich ist, ihn dauerhaft zu erhalten – technisch und ästhetisch.“

Diese Aussagen widersprechen den Tatsachen. Mit unsachlichen Schlagwörtern wird bewusst einer emotionalen Diskussion Vorschub geleistet. Die Schlossbefürworter unterstellen den Abrissgegnern ideologische Gründe wie das „Festhalten“ an der DDR-Geschichte. Das Gegenteil ist der Fall: Das BÜNDNIS FÜR DEN PALAST steht für eine neue Generation, die sich unabhängig von der alten Ideologieschlacht „Schloss oder Palast“ auf das Machbare konzentriert. Wir lassen uns in keine politische Ecke drängen. Allein der Bundesbauminister argumentiert hier ideologisch.

Die Stigmatisierung des Palastes in seiner heutigen Erscheinung als „Schandfleck“ ignoriert die vorliegenden Konzepte zur zukünftigen Gestaltung des Palastes. Der Abriss soll brachial und ohne Widerrede die Diskussion beenden, die gerade erst ernsthaft begonnen hat.

„Diese Kritiker nehmen durch die Verzögerung der Abrissarbeiten Mehrkosten bewusst in Kauf.“

Wir fragen uns, wo die Mehrkosten entstehen, wenn die Alternative zur Schlosskopie, die bereits in zwei bis drei Jahren vollständig nutzbar sein kann, über eine Milliarde Euro kostengünstiger ist. Nach 15 Jahren Pro-Schlossfassadenpolitik beginnen Politik und Schlossbefürworter erst jetzt mit dem Nachdenken über einen Finanzierungsweg?

„Es ist eine wichtige städtebauliche Sanierungsaufgabe, die auf einen Zeitraum von mehreren Jahren gestreckt wird. In diesem Zeitraum werden auch die Gelder zur Verfügung gestellt. Außerdem soll der Bau im Rahmen einer Kooperation zwischen öffentlichen und privaten Geldgebern entstehen. In Großbritannien hat man beispielsweise mit Projekten dieser finanziellen Größenordnung Erfahrungen gesammelt. Warum sollte das in Deutschland nicht möglich sein?“

Sprechen wir doch Klartext! Das „Wundermittel“ hat einen Namen: Public Private Partnership. Oft als Allheilmittel in Zeiten klammer Haushaltskassen gepriesen, wird die Risikoseite verschwiegen. Die Kosten können auch bei diesem Finanzierungsmodell steigen. Eine flexible Handhabung der Finanzierung von Seiten der öffentlichen Hand sowie Reaktionen auf die aktuelle Haushaltslage sind ausgeschlossen, da der Staat langfristig an den privatwirtschaftlichen Vertragspartner gebunden ist. Die Kreditaufnahme durch den privaten Partner verursacht höhere Kosten, als eine Finanzierung durch die öffentliche Hand.

„Dresden ist mit großer Entschlossenheit der Bevölkerung und Engagement an die Aufgabe gegangen. In Berlin ist stattdessen abgesehen vom Bundestagsbeschluss nicht viel passiert.“

Anfang der 1990er Jahre wurde die Debatte um einen Wiederaufbau der Frauenkirche in Dresden durchaus kontrovers geführt. Der oftmals bemühte Vergleich hinkt jedoch. Im Gegensatz zu den Plänen für den Schlossneubau handelt es sich bei der Frauenkirche um einen öffentlich zugänglichen Ort des Glaubens, um ein mahnendes Symbol für die Unmenschlichkeit des Krieges und eine dennoch mögliche Aussöhnung der Völker, die mit gemeinsamer Kraft ein Zeichen setzen. Der Vergleich des Berliner Schlosses mit der Frauenkirche trägt nicht nur den Einwohnern Dresdens Unrecht an, sondern man verschließt sich auch dramatischen Ereignissen der deutschen Geschichte.

Der Bundesbauminister gibt selbst zu, dass abgesehen vom Bundestagsbeschluss nicht viel passiert sei. Die Unterstützung der Bevölkerung auf breiter Basis fehle. Offensichtlich ist es in den vergangenen 15 Jahren nicht gelungen, die deutsche Bevölkerung für das Schloss zu begeistern. Die Mehrheit der Berliner will, dass der Palast bleibt – solange, bis ein sinnvolles und realistisch finanzierbares Nutzungskonzept für den Schlossplatz vorliegt, dass auch die jüngere Geschichte nicht ignoriert (Emnid, 1/2005). Somit muss der Bundestag sich durchaus die Frage gefallen lassen, wessen Meinung und Interessen er in dieser Thematik vertritt – wirklich die der Bevölkerung und damit der Wählerschaft? Offensichtlich nicht! Aus diesem Grund fordern wir einen neuen, offenen und ehrlichen Dialog, der unvoreingenommen alle Möglichkeiten auslotet, um Konzepte auf eine breite Basis stellen zu können.

„Eine der denkbaren Lösungen ist, dass der gesamte Teil an der Spree für ein Hotel mit Kongressnutzung infrage käme und daran gibt es ein sehr starkes Interesse. Mit dem Humboldt-Forum, also der Integration von Museum und Bibliothek, würde sich eine interessante Synergie ergeben. Hier wird ein Forum von europäischem Rang entstehen, von Dialog und Versöhnung. London und Paris werden beeindruckt sein, von dem, was in der deutschen Hauptstadt entsteht.“

London? Paris? Ein Auszug aus dem Nutzungskonzept der Stadtschloss Berlin Initiative zeigt die Vielzahl der geplanten Nutzungsmöglichkeiten: „Feiern von rauschenden Festen z.B. anlässlich einer Hochzeit im Rittersaal, übernachten wie der Kaiser in einem luxuriösen Ambiente, ... mit einem Jazz-Frühshoppen den Tag beginnen, ... Bier und Wein im Eosanderhof genießen“.² Die Metropolen dieser Welt werden beeindruckt sein! Die Menschen aus New York buchen sich jetzt schon ihren Brezel-Tisch im Schloss!

Das Image Berlins ist ein anderes: Es ist geprägt von seinem multihistorischen Stadtbild, dem Spiegel seiner wechselhaften Geschichte. Nur wenige Metropolen dieser Welt bieten ein derart vielfältiges Kulturangebot und kreativen Nährboden, der genau von diesen Brüchen lebt und Menschen aus aller Welt anzieht. Eine Weiterentwicklung des Palastes mit ca. 100.000 qm Nutzfläche bietet entscheidend mehr Spielraum unterschiedlicher Nutzung als

² Vgl.: <http://www.stadtschloss-berlin.de/konzepte.html>

eine künstlich geschaffene Schlosshülle mit knapp der Hälfte der Nutzungsfläche und ohne Authentizität.

Wo soll die von Herrn Bundesbauminister Stolpe propagierte Versöhnung denn stattfinden? Zwischen Eliten bei Champagner im Fünf-Sterne-Hotel? Versöhnung findet zwischen Menschen unabhängig von ihrem Status und ihrer Herkunft statt, die sich gemeinsam auf unterschiedlichste Art und Weise an einem Ort begegnen können, der Vergangenheit und Zukunft vereint – Kultur erlebbar macht.

BÜNDNIS FÜR DEN PALAST

SCHREIBEN SIE EINE PETITION AN DEN BUNDESTAG!

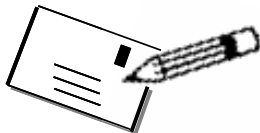
Das Bündnis ruft dazu auf, den Bundestag und den Senat mit Briefen und E-Mails zu überschwemmen. Besonders wirkungsvoll ist das Einreichen einer Petition beim Bundestag. Für diese kann auf der Homepage des Bündnisses eine Vorlage heruntergeladen werden, die nur mit den persönlichen Daten vervollständigt, unterschrieben und per Fax an den Bundestag geschickt werden muss. Die Vorlage kann auch für die Onlineversion der Petition verwendet werden

(www.bundestag.de/ausschuesse/archiv15/a02/index.html).

An den
Deutschen Bundestag
Petitionsausschuss
Platz der Republik 1

11011 Berlin

Datum:



Petition an den Deutschen Bundestag

Persönliche Daten

Die mit * gekennzeichneten Felder müssen ausgefüllt werden, da ohne sie eine Petitionsbearbeitung nicht möglich ist.

*Anrede **Herr** **Frau**

*Name

*Vorname

Titel

Anschrift:

*Ort

*PLZ

*Straße

Land/Bundesland

Telefon Fax

E-Mail

Über welche Entscheidung/welche Maßnahme/welchen Sachverhalt wollen Sie sich beschweren? (Kurze Umschreibung des Gegenstands Ihrer Petition)

Abriss des Palasts der Republik

Was möchten Sie mit Ihrer Bitte/Beschwerde erreichen?

Aufschub des Abrisses des Palasts der Republik, bis eine wirtschaftlich überzeugende und realistisch umsetzbare Lösung vorliegt

Gegen wen, insbesondere welche Behörde/Institution richtet sich Ihre Beschwerde?

Bundesregierung
Bundesminister für Verkehr, Bauen und Wohnen
Bundestag
Senat von Berlin
Senatorin für Stadtentwicklung des Landes Berlin

Muss nach Ihrer Vorstellung ein Gesetz/eine Vorschrift geändert/ergänzt werden?
Wenn ja, welche(s)?

Keine

Bitte geben Sie eine kurze Begründung für Ihre Bitte/Beschwerde:

Der "Palast der Republik" in der historischen Stadtmitte von Berlin soll zu Beginn des Jahres 2006 abgerissen werden. Die Senatorin für Stadtentwicklung des Landes Berlin will hierfür Anfang Dezember den Auftrag vergeben. Sie beruft sich dabei auf eine Vereinbarung mit dem Bund und letztendlich auf eine Empfehlung des Bundestages, die die Wiedererrichtung des Berliner Stadtschlusses nach den Empfehlungen der Expertenkommission „Historische Mitte Berlin“ befürwortet.

Durch kürzlich bekannt gewordene Details aus einer vom Bundesbauministerium gemeinsam mit der Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung bei privaten Gutachtern in Auftrag gegebenen Machbarkeitsstudie ergeben sich nun erhebliche Zweifel an der Realisierbarkeit des Vorhabens nach den Vorgaben und Annahmen der Expertenkommission.

Diese Zweifel betreffen insbesondere das Zustandekommen der ursprünglich vorgesehenen Nutzfläche sowie die Kosten, die der öffentlichen Hand entstehen, insbesondere auch durch die besondere Situation des nicht hinreichend wissenschaftlich erkundeten örtlichen Untergrundes sowie die Planungen der U-Bahnlinie U5. Diese Unsicherheiten lassen letztendlich die Durchführung der bis jetzt vorgesehenen Planung zweifelhaft erscheinen. Zudem ist bei der derzeitigen Haushaltslage in Bund und Land und den damit begründeten sozialpolitischen Sparmaßnahmen die Finanzierung des Schlossneubaus unter Berücksichtigung der nun bekannt gewordenen Investitionsrisiken eigentlich unverantwortlich.

Die in den letzten Tagen von politischen Parteien ebenso wie von fachkundigen Vereinigungen wie dem Bund Deutscher Architekten sowie von den in einem „Bündnis für den Palast“ zusammengeschlossenen Bürgern intensiv geführte Diskussion über den bevorstehenden Abriss zeigt zudem, dass für weite Teile der Öffentlichkeit die zukünftige Nutzung des Ortes sehr wichtig ist. Deshalb dürfen die Entwicklungsmöglichkeiten des vorhandenen Potenzials nicht einfach ignoriert und auf sinnlose Weise vergeudet werden!

Ich bitte Sie daher eindringlich, alles dafür zu tun, dass der Palast der Republik stehen bleibt, bis es eine wirtschaftlich überzeugende und realistisch umsetzbare Lösung für die weitere Entwicklung des Schlossplatzes gibt!

Wenn Sie in dieser Sache bereits andere Rechtsbehelfe (z.B. Widerspruch, Klage) eingelegt haben benennen Sie diese bitte und fügen Sie entsprechende Unterlagen in Kopie bei (z.B. Entscheidungen der betroffenen Behörde, Klageschriften, Urteile) oder reichen sie gesondert nach.

Nicht gegeben

Von den allgemeinen Hinweisen zum Petitionsverfahren habe ich Kenntnis genommen

Ja

Ich bin mit der Nennung meines Namens einverstanden, falls der Petitionsausschuss meine Petition im Rahmen seiner Presse- und Öffentlichkeitsarbeit nutzt.

Ja Nein

Ihre Unterschrift unter der Petition ist wichtig, da ohne sie eine Petitionsbearbeitung nicht möglich ist.

Ort, Datum, Unterschrift

Bitte die Petition ausdrucken, unterschreiben und per Post oder Telefax (030) 227 36027 an die oben angegebene Adresse senden.

CHRONIK PALAST DER REPUBLIK

1973

- APRIL Beschluss über den Bau des Palast der Republik Architekten: Heinz Graffunder, Karl-Ernst Swora
- NOVEMBER Grundsteinlegung

1974

- NOVEMBER Richtfest

1976

- APRIL Eröffnung des Palastes der Republik. Er gliedert sich in Volkskammer, Foyer und Grossen Saal. Die 180 x 86 x 25 Meter große multifunktionale Superbox verfügt über dreizehn Restaurants, Cafés und Bars sowie Theater, Bowlingbahn und Diskothek - und ist mit täglich 15.000 Besuchern der meist besuchte Ort im Ostberliner Zentrum.

1990

- AUGUST Volkskammerbeschluss im Palast zum Beitritt der DDR zur Bundesrepublik
- SEPTEMBER Schließung aufgrund von Asbestfunden

1998

Beginn der Asbestsanierung

2000

- NOVEMBER Bundesregierung setzt die "Expertenkommission Historische Mitte" ein

2001

- APRIL Endbericht empfiehlt Zwischennutzung des Palastes

2002

- JULI Bundestag votiert für Wiederaufbau des Schlosses
- NOVEMBER Ausstellung im Staatsratsgebäude zeigt erstmals die Ideen der ZWISCHEN PALAST NUTZUNG

2003

- MÄRZ Gründung des Vereins ZWISCHEN PALAST NUTZUNG e.V.
- MAI Abschluss der Asbestsanierung
- JULI ZWISCHEN PALAST NUTZUNG e.V. und Partner für Berlin realisieren nach 13 Jahren erstmalige Führungen durch den Palast-Rohbau
- SEPTEMBER Erste kulturelle Zwischennutzung: Aufführung des Musikprojektes "Wagnerkomplex" / Christian von Borries
- OKTOBER "Arbeitsgruppe Schlossareal" beschließt zweijähriges Moratorium der Schlossplanungen
- NOVEMBER Bundestag stimmt für den Abriss des Palastes. Bis zu einer Neubebauung soll der Schlossplatz eine "Grünfläche" werden

2004

- JANUAR Berlins Kultursenator erreicht eine Vereinbarung für die kulturelle Zwischennutzung.
- AB MÄRZ Ausstellung von Kopien chinesischer Grabkrieger
- JUNI Jahrestagung des Bundesverbands der deutschen Industrie (BDI)
- AB 20. AUGUST VOLKSPALAST Eine Veranstaltung von Sophiensæle und HAU in Kooperation mit Shrinking cities und Mediapool Initiiert von Zwischen Palast Nutzung e.V.

2005

- AUGUST DER BERG – eine Veranstaltung von Sophiensæle
17. SEPT– 19. NOV. Fraktale IV – 25 Positionen zeitgenössischer Kunst zum Phänomen Tod
- OKTOBER Gründung BÜNDNIS FÜR DEN PALAST
19. NOVEMBER 1. STOPTAG: Öffentliche Kundgebung gegen den Abriss

KONTAKT

Annett Apelt Tom Raulien

BÜNDNIS FÜR DEN PALAST

Pressearbeit

Zentralbüro Spandauer Straße 2

10178 Berlin / Mitte

Telefon +49 (0)30 53676629

presse@palastbuendnis.de

www.palastbuendnis.de